



Angela und Jörg Wolff haben die Bürgerinitiative »BAESH« gegründet, die sich gegen die Deponierung von Atomschutt in Harrislee einsetzt. Foto: Volker Metzger

Botschaft: Ihr kommt hier nicht durch!

Bürgerinitiative »BAESH« ruft zur Fahrzeug-Demo auf und fordert Verantwortliche zur Rückkehr an runden Tisch auf.

AKW-BAUSCHUTT

Volker Metzger

vm@fla.de

Harrislee. Das beschlossene Ende des Atomkraft-Zeitalters in Deutschland hat in der Bevölkerung ein durchweg positives Echo ausgelöst. Doch der Abbau aller Atomkraftwerke im Land erfordert in der Konsequenz vor allem eines: einen verantwortungsvollen Umgang mit dem radioaktiven Erbe.

Und genau in dieser äußert sensiblen Phase des atomaren Rückbaus haben sich Brennpunkte auch in Schleswig-Holstein aufgetan. Im Dunstkreis der intensivierten Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atom- müll gilt es nämlich auch,

jenen Bauschutt von Atomkraftwerken (AKW) zu bändigen, der als »schwachstrahlend« eingestuft wird.

Hierbei handelt es sich nach offiziellen Angaben in erster Linie um AKW-Nebengebäude, die kaum oder gar nicht radioaktiv belastet sind. Beispiele von Rückbau-Maßnahmen aus Baden-Württemberg zeigen allerdings, dass sich auch Betonbruch, der aus dem Meilerkern stammt, durchaus in diesem Schutt finden lässt. Und Rückbauten von Meilern verlaufen bundesweit nach demselben Schema.

Widerstand wächst

Als endgültige Lagerstätte für diesen AKW-Bauschutt kommt in Schleswig-Holstein neben Johannistal, Damsdorf/Tensfeld und Wiershop auch Harrislee als einer von insgesamt vier Standorten in Frage. Und auch hier formiert sich zunehmend Widerstand, der selbst vor der Grenze nach Dänemark keinen Halt mehr macht.

Unter dem knackigen Begriff »BAESH«, dessen Kurzform sich aus »Bürgerinitiative Atommüll Einlagerung Stopp Harrislee« ableitet, geben vor allem die Initiatoren Angela und Jörg Wolff dem wachsenden Protest in der Gemeinde und der Region ein Gesicht.

»Jede Strahlung ist gefährlich, auch bei einer niedrigschwelliger Belastung«, betont Angela Wolff. Eine Deponierung dieses radioaktiven Atomschutts birgt zudem Risiken, »deren Auswirkungen nicht berechenbar sind und irreversible Schäden anrichten können«.

Daher gelte es eine Deponierung zu verhindern, und stattdessen andere For-

men der Endlagerung in Betracht zu ziehen. Jörg Wolff hat auch einen Favoriten, wenn es um die Variante mit der mutmaßlich geringsten Strahlenbelastung für die Umwelt geht.

»Man erhält die Gebäude-Strukturen und entkernt sie nur. Alles verbleibt auf den Gebieten der alten Atommeiler.« Außerdem werde das gesamte Material dabei nicht aus der atomrechtlichen Aufsicht entlassen, was bei der geplanten Deponierung der Fall wäre. Dazu Jörg Wolff: »Wir kommen dabei vom Atomrecht zum allgemeinen Abfallrecht. Wie soll das funktionieren?«

Da nach Auffassung der Wolffs kein Zeitdruck bestehe, sollte der Dialog-Prozess eingeleitet und die Frage nach Lagerungs-Alternativen gründlich geklärt werden. »Denn es gibt sie, sie liegen aber nicht auf dem Tisch.«

»Die Gemeinden Harrislee und Handewitt sowie Apenrade, die Stadt Flensburg und der Deponie-Betreiber sagen bereits deutlich Nein zu den Plänen der Landesregierung, die diesen belasteten Bauschutt in Harrislee per Zwangszuweisung lagern will«, erläutert Jörg Wolff.

Fahrzeug-Demo

Um nun auch den Unwillen der Bevölkerung stärker zum Ausdruck zu bringen, ruft das engagierte Ehepaar am 31. Oktober um 11 Uhr zu einer »Atomschutt-Blockade« auf. Zielort der geplanten Fahrzeug-Demo ist der Deponie-Standort von Betreiber Balzersen im Ellunder Weg.

Dazu Jörg Wolff: »Wir wollen die klare Botschaft der Bürger nach Kiel senden, dass es hier kein Durchkommen für sie geben wird.«

RESUME

Afslutningen på atomkraftalderen i Tyskland har udløst en helt igennem positiv stemning i befolkningen.

Men demonteringen af alle atomkraftværker i landet kræver først og fremmest en ting – en ansvarlig håndtering af den radioaktive arv.

Sammen med Johannistal, Damsdorf/Tensfeld og Wiershop udgør Harreslev en af i alt fire mulige placeringer i Slesvig-Holsten til den endegyldige lagring af det såkaldte let radioaktive affald.

I nabokommunerne er der opstået en stigende modstand mod deponeringen i Harreslev, der ikke længere stopper ved grænsen til Danmark.